



13.09.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach der parlamentarischen Sommerpause hat uns der Sitzungswochenalltag wieder. Die Sommerpause habe ich genutzt, um im Rahmen meiner Praxistage im Jobcenter des Lahn-Dill-Kreises und beim Unternehmen Hailo in Haiger



mitzuarbeiten, in Herborn auf dem Markt bei leckeren Waffeln viele Gespräche geführt und bei Urlaub in der Heimat wieder viel Spannendes im Wahlkreis entdeckt. Das absolute Highlight war dabei das Minigolf-Turnier in Wetzlar, wo wir mit knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei wunderschönem Wetter einen großartigen Nachmittag hatten. Nun hat uns der Sitzungswochenalltag wieder. Aktuell steht der Haushalt für das kommende Jahr im Mittelpunkt unserer Beratungen. Und da wartet noch viel Arbeit auf uns. Der dem Parlament durch die Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf, ist aus unserer Sicht noch nicht so aufgestellt, wie es die aktuellen Herausforderungen erfordern.



Denn wir merken es überall: Züge fahren nicht pünktlich, Autobahnen werden überall saniert und wir können von Glück reden, dass die Brücke in Dresden nachts zusammengebrochen ist, wodurch niemand zu Schaden gekommen ist. Das offenbart mehr denn je: Wir müssen in unsere Infrastruktur investieren, neue Werte schaffen und unser Land fit für die Zukunft machen. Erst am Dienstag hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der gewiss nicht im Verdacht steht eine SPD-Organisation zu sein, ein Gutachten veröffentlicht, welches den Investitionsstau in Deutschland offenlegt und ein Defizit von 1,4 Billionen Euro festgestellt. Deshalb müsse Deutschland ein Drittel dieses Bedarfes (rund 460 Milliarden Euro) durch den Staat finanzieren, um die Wirtschaft in unserem Land zu stärken. [\(Hier gibt es einen ausführlichen Artikel im Spiegel hierzu\)](#)

Die SPD-Fraktion hat eine Task-Force unter meiner Leitung zu den Bereichen Arbeit und Wirtschaft eingerichtet, um konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie wir unsere Arbeitsplätze in Deutschland sichern und unseren Wirtschaftsstandort stärken können. Wir haben große Modernisierungserfordernisse und wir wollen, wo immer möglich Arbeitsplätze erhalten, und neue sichere Arbeitsplätze schaffen. Das gilt bei VW, Thyssen Krupp, ZF genauso wie bei uns vor Ort bei Conti, Buderus Edelstahl und vielen anderen mehr.

Auch bei uns sind viele Unternehmen und Betriebe von der Automobilindustrie abhängig. Mit dem durch den Bund geförderten Transformationsnetzwerk in Mittelhessen haben wir uns schon vor einigen Jahren auf den Weg gemacht, um den Wandel zu gestalten. Wir werden alles daransetzen, dass die guten Arbeitsplätze von heute, auch die sicheren Arbeitsplätze von morgen sein werden.

Für die kommende Woche freue ich mich, dass der hessische Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori am Montag nach Wetzlar kommen wird und wir gemeinsam mit Oberbürgermeister Manfred Wagner die Unternehmen Zeiss, Hensoldt und Bosch besuchen. Neben allen „Hiobsbotschaften“ gibt es nämlich auch viele gute: Zeiss, Hensoldt und Bosch investieren nachhaltig in den Standort in Wetzlar und sorgen so für viele sichere und gute Arbeitsplätze bei uns vor Ort.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat am Montag das Tariftreuegesetz in die Ressortabstimmung gegeben. Das ist ein gutes und richtiges Zeichen. Denn wer gute Arbeit leistet, hat dafür auch einen guten Lohn verdient und muss gut davon leben können. Leider ist die Tarifbindung in Deutschland seit Jahren rückläufig, dabei ist sie die Voraussetzung für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Mit dem Tarifpaket wollen wir dem Rückgang Einhalt gebieten. Beschäftigte, die öffentliche Aufträge des Bundes ausführen, müssen dafür anständig - also nach Tarif - bezahlt werden. **Wir werden es nicht mehr zulassen, dass der Bund schlechte Arbeitsbedingungen mitfinanziert.**

Wer nicht unter die Tarifbindung fällt, für den sollte der Mindestlohn ein armutsfester Lohn sein. Er ist aber schon immer nur eine Anstandsuntergrenze gewesen. Die Mindestlohnkommission hat sich im vergangenen Jahr über die Seite der Arbeitnehmer hinweggesetzt und Anpassungen beschlossen, die der wirtschaftlichen Situation von allen mit kleinen Einkommen nicht gerecht werden. Deshalb ist es richtig, dass Hubertus Heil auch dies gegenüber der Mindestlohnkommission stark adressiert. Denn: Trotz Rückgang der Inflation bleiben die Belastungen der vielen Beschäftigten hoch. Deshalb muss die EU-Mindestlohnrichtlinie schnellstmöglich umgesetzt werden. Dadurch würde der Mindestlohn bis 2026 auf 14-15 Euro anwachsen und weiter zur Bekämpfung von Armut beitragen. Die Mindestlohnkommission sollte sich ihrer Verantwortung bewusst sein und die vielen Arbeitnehmer in unserem Land stärken. Deutschland ist kein Billiglohnland und darf auch keines werden.

Eine große Herausforderung ist die aktuelle Entwicklung der Migration. Ich bin Bundeskanzler Olaf Scholz sehr dankbar, dass er am Mittwoch im Bundestag deutlich gemacht hat, dass wir unseren Wohlstand und unser Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte auch allen Menschen mit Migrationsgeschichte zu verdanken haben. Es ist wichtig zu betonen: Die Menschen, die Schutz brauchen, weil sie vor Krieg oder Verfolgung fliehen, werden diesen Schutz auch zukünftig erhalten. [\(Hier geht es zu seiner ganzen Rede\)](#)

Gleichwohl ist es richtig, dass diejenigen, die unsere Solidarität ausnutzen und missbrauchen keinen Platz in unserem Land haben. Wir müssen aufpassen, dass wir dies nicht vermischen. Denn die aktuelle Debatte entgleitet gerade. Die Union hat als größte Oppositionspartei ein einer Volkspartei unwürdiges Schauspiel veranstaltet und die Beratungen des Migrationsgipfels abgebrochen. Dabei hatte sie Forderungen und Ultimaten aufgestellt, die nicht konform mit europäischem oder deutschem Recht sind und dadurch niemals erfüllt werden konnten. Um zur Versachlichung der Debatte beizutragen, hilft ein Blick auf die Zahlen: In diesem Jahr wurden deutlich weniger Anträge auf Asyl gestellt als in den Jahren davor. Das ist insbesondere auch den Erfolgen zu verdanken, die wir auf europäischer Ebene, zum Beispiel durch die GEAS-Reform, erreicht haben. Hieran sind alle vorherigen Bundesinnenminister der Union gescheitert. Nach Beschluss der GEAS-Reform im Mai 2024 im europäischen Parlament, haben die Mitgliedsstaaten nun 2 Jahre Zeit dies umzusetzen. Hierfür hat die EU-Kommission bereits einen Fahrplan vorgelegt. [\(Hier gibt es einen Artikel zu dieser Reform\)](#) Es reicht nicht aus Sprüche in der Bild zu klopfen und sich dann vor der Verantwortung zu drücken. Gleichzeitig kann es gesamteuropäisch nicht so weitergehen, sodass Geflüchtete immer weiter nach Deutschland durchgereicht werden. Deshalb halte ich es für einen klugen Vorschlag, dass wir bei einem neuen Gipfeltreffen auch Ursula von der Leyen miteinbeziehen, damit auch die europäische Ebene beteiligt ist. [\(Der Fraktionsvorsitzende Dr. Rolf Mützenich hat dies in seiner Rede verdeutlicht\)](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt